Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister
Büro des Präsidenten der
Bürgerschaft/Gremiendienst

Beschluss der Bürgerschaft

Zu TOP: 3.3

Aufnahme und Unterstützung von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine

Einreicher: SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI, Fraktion DIE LINKE

Vorlage: DAn 0003/2022

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Die weltoffene Hansestadt Stralsund verurteilt den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine aufs Schärfste. Als Stadt für den Frieden setzt sie sich für eine friedvolle Konfliktlösung ein, weshalb sie an der Seite aller steht, die für eine friedliche Lösung in mehreren Staaten, auch in Russland, demonstrieren. Daher soll eine Schweigeminute für alle Opfer des Krieges gehalten werden.

Die Hansestadt Stralsund erklärt sich bereit, Ukrainer und Ukrainerinnen, die vor dem Krieg flüchten, aufzunehmen und zu versorgen. Diese Aufnahmebereitschaft soll dem Landkreis Vorpommern-Rügen, dem Land Mecklenburg-Vorpommern sowie dem Bund und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund angezeigt werden. Weitergehend wird der Oberbürgermeister der Hansestadt Stralsund beauftragt, sich bei Land und Bund für eine Evakuierung besonders schutzbedürftiger Menschen (bspw. Kinder) einzusetzen.

Da ein Krieg langfristig nur diplomatisch gelöst werden kann, sollen bestehende diplomatische Beziehungen aufrechterhalten werden, es soll sich für eine friedliche Lösung des Konfliktes eingesetzt werden.

Beschluss-Nr.: 2022-VII-02-0805

Datum: 28.02.2022

Im Auftrag

gez. Kuhn